

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschnationale Aufwertungspraxis.

Das Begräbnis der Verbesserungsanträge.

Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung gab es eine interessante Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, an welchen Ausschuss die von dem Abg. Dr. Best und Genossen eingebrachten Verbesserungsvorschläge zur Aufwertungsgesetze verwiesen werden sollten. Der Volksparteilager Dr. Scholz beantragte Überweisung an den Rechtsausschuss.

Abg. Keil (Soz.) widersprach diesem Vorschlag, dessen Annahme ein Begräbnis dritter Klasse für die Anträge Dr. Bests bedeuten würde. Der Rechtsausschuss sei so überlastet, daß für absehbare Zeit jede Möglichkeit, in diesem Ausschuss einige Wochen nur den Anträgen Bests zu widmen, ausgeschlossen sei. Selbst die kürzlich dem Rechtsausschuss überwiesenen Anträge betr. die Aufwertung der Fabrik- und Wertpartaffen, deren sofortige Behandlung versprochen wurde, seien noch nicht in Beratung genommen und sie werden entgegen den gemachten Zusagen auch vor Weihnachten nicht mehr erledigt. Keil schlug daher vor, die beiden Verbesserungsvorschläge an den noch bestehenden Aufwertungsausschuss zu überweisen.

Die Abgg. Dr. Best, Seiffert (Döfl.) und Höllein (Komm.) schlossen sich dem Vorschlag Keils an. Dr. Scholz hielt indessen „aus objektiven Gründen“ an seinem Vorschlag fest, ohne gegen den Einwand, daß der Rechtsausschuss überlastet sei, etwas vorbringen zu können.

Auf Anträge des Abg. Keil erklärte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Dr. Kahl, daß er nicht in der Lage sei, heute zu sagen, wann der Rechtsausschuss sich mit den Anträgen Bests und Gen. beschäftigen könne.

Trotzdem nach diesen Ausführungen feststand, daß der Rechtsausschuss die Vorlagen voraussichtlich überhaupt nicht behandeln wird, stimmte der Reichstag in seiner Mehrheit dem Antrag Scholz auf Verweisung an den Rechtsausschuss zu. Bezeichnend war dabei, daß die Deutschnationalen trotz der Angstzustände, die die Wahlerfolge der neuen Aufwertungspraxis bei ihnen hervorgerufen

haben, für den Antrag Scholz und damit für das Begräbnis der Anträge Best und Gen. stimmten. Für die Gläubiger und Sparere ist das keine Überraschung, sondern nur eine Ergänzung des Lug- und Trugspiels, das die Deutschnationalen ihnen gegenüber getrieben haben.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung der heutigen Sitzung bildet die zweite Beratung des

Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der darauf das Wort nahm, wandte sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Behauptung des Deutschen Richterbandes, daß bei den Arbeitsgerichten das Recht kaum noch eine Stätte finde. Dieser Vorwurf falle auf die Richter zurück, da ja doch selbst in erster Instanz der Vorsitzende ein rechtsgelehrter Richter sein müsse. Der Minister bezeichnete schließlich das Gesetz als die Rückwirkung des Artikels 137 der Reichsverfassung ein einheitliches Arbeitsrecht geschaffen werden sollte. Daß dieses Gesetz der Reichsverfassung widerspreche, wie von juristischer Seite behauptet wird, sei falsch. Die Vorlage bedeute einen großen sozialpolitischen Schritt vorwärts und er ersuche den Reichstag, ihr zuzustimmen.

Auffhäuser (Soz.), der als erster Redner der Parteien die Aussprache begann, wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie die große Bedeutung dieser Vorlage für das sozialpolitische Leben von vornherein erkannt habe. Seit dem Jahre 1918 kämpft die Sozialdemokratie um die soziale Ausgestaltung des damals geschaffenen Volksstaats, wir dürfen uns nicht darauf beschränken, das Staatsrecht weiter zu entwickeln, sondern wir müssen vor allem eine neue Rechtsordnung zwischen den Volksgenossen und der Wirtschaft schaffen.

Bei Abschluß des Berichtes spricht Gen. Auffhäuser noch weiter.

Wegen des Beginns des Plenums wurde die Fortführung und Beendigung der Beratung des Nachtragsstats des Reichsarbeitsministeriums auf die Abend Sitzung verschoben.

Die Militärkontrolle gefährdet den Frieden! Die Königsberger Befestigungen nicht.

Paris, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die meisten Blätter enthalten sich, da die Tatsachen ihren Optimismus in den letzten Tagen mehrfach Lügen gestraft haben, jeglichen Kommentars zu den gestrigen Beschlüssen der Völkervertragskonferenz, die sie im übrigen auch nicht zu rechtfertigen suchen. Im Gegenteil weist Sauerwein im „Matin“ auf die Gefahren hin, die eine neuerliche Verschleppung der Regelung der Kontrollfrage für den Weltfrieden haben könnte. Diese Gefahr sei jedenfalls bedeutend größer als das Fortbestehen einiger Befestigungswerke in der Umgebung von Königsberg. Im übrigen hätten Männer wie der nationalistiche Abgeordnete Oberst Fabra, der nicht gerade außerordentlich sympathischer Tendenzen Deutschland gegenüber verdächtig ist, bereits im Jahre 1924 in einem Bericht dem damaligen Ministerpräsidenten Poincaré auf die völlige Unzulässigkeit solcher Kommissionen hingewiesen. Auch Poincaré habe dem damals zugestimmt. Es wäre also ebenso politisch wie taktisch vernünftig, wenn sobald wie möglich die Untersuchungskommission des Völkerbundes an die Stelle der bisherigen Kontrollkommission träte. Den in Genf verammelten Ministern bleibe nach den gestrigen Beschlüssen der Völkervertragskonferenz drei Wege offen: Sie könnten die Aufrechterhaltung der interalliierten Kontrollkommission beschließen oder könnten die Regelung der noch ausstehenden Punkte in der Entwaffnungsfrage dem Haager Schiedsgericht unterbreiten, oder sie könnten die bisherigen Vollmachten der Militärkontrollkommissionen an die Nachforschungskommission des Völkerbundes sofort übertragen. Welchen der drei Wege die in Genf verammelten Minister wählen werden, wisse niemand, schließt Sauerwein.

Rheinlandberatung erst im März.

Brüssel, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der bei den hiesigen zuständigen Stellen vorliegenden Berichte war von der Rheinlandräumung in den Genfer Beratungen bisher kaum die Rede. Trotz der von Briand in Thoiry gemachten Versprechungen und Andeutungen steht Stresemann ein, daß er sich zunächst mit der Abberufung der Kontrollkommission und deren Ersatz durch die Völkervertragsausschüsse begnügen muß. Deshalb wird auch die Frage einer besonderen Kontrolle in der erst militarisierten Rheinlandzone bis zum März vertagt, wo sie im Zusammenhang mit der Rheinlandräumung beraten werden dürfte. Die Frage einer besonderen Rheinlandkontrolle wird jedoch schon jetzt eifrig erörtert. Die Luxemburger Entschliebung bildet in dieser Hinsicht den Gegenstand genauen Studiums aller beteiligten Außenminister.

Schwierigkeiten auch in der Saarfrage.

Genf, 11. Dezember. (S.T.B.) Zu der Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet war bekanntlich Mitte dieser Woche unter Mitwirkung der Rechtsachverständigen Deutschlands und Frankreichs eine Formel gefunden worden, die erlaubt hätte, dem von Frankreich geforderten Bahnstich im Saargebiet jeden militärischen Charakter zu nehmen. Die Annahme dieses Vorschlages scheint jedoch auf Schwierigkeiten zu stoßen, so daß mit der abermaligen Vertagung der Angelegenheit gerechnet werden muß.

Exportförderung und Erwerbslosenfürsorge. Beratungen im Haushaltsausschuss.

In der Donnerstags-Sitzung hatte sich der Haushaltsausschuss des Reichstags mit dem Nachtragsstat des Reichsfinanzministeriums beschäftigt und dabei die Frage der Anleiheablösung behandelt. Außerordentlich bemerkenswert war dabei die verbindliche Art, mit der Abg. Hergl (Dnat.) den Reichsfinanzminister behandelte und im Gegensatz zu den Kabauprotesten seiner Parteifreunde in den öffentlichen Versammlungen hier, im engen Rahmen des Parlamentsausschusses, ganz andere Töne anschlug. Man hatte den Eindruck, daß Hergl sich an die Regierung anblenden wollte. Wiederholt versicherte er dem Reichsfinanzminister, daß er nicht als Mitglied einer Oppositionspartei starke Kritik üben, sondern nur Fragen stellen und Anregungen geben wolle, um besser als bisher mit dem Herrn Minister arbeiten zu können. Die Erwiderungen Reinholds, die ebenso verbindlich waren, bewegten sich im Rahmen allgemeiner Klusünfte. Dabei sagte der Minister, daß das Kaiserhofprojekt vorläufig hinjällig geworden ist, da der Termin für die Annahmeerklärung der Regierung abgelaufen sei, doch werde man früher oder später wahrscheinlich doch das Grundstück erwerben müssen, und zwar teurer als jetzt.

Der Nachtragsstat des Reichswirtschaftsministeriums, der auf der Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt stand, gab nur in der Frage des Reichskohlenkommissars Anlaß zu einer größeren Debatte. Während getadelt wurde, daß der Reichskohlenkommissar, der abgebaut werden sollte, immer noch amtiert, wurde vom Referenten v. Raumer (D. Wp.) ausgeführt, daß man bei der so gespannten Lage auf dem Kohlenmarkt und bei dem einsehenden scharfen Kampf mit den englischen Kohlen glückselig sein dürfe, daß er noch da sei. Genosse Wiffel gab zu, daß wohl ein Eingreifen des Reiches notwendig werden könnte, ein solcher Eingriff könne aber ebensogut durch das Reichswirtschaftsministerium wie durch den Kohlenkommissar erfolgen.

Die vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachte Vorlage über neue Maßnahmen zur Förderung des deutschen Exports, die wir in ihren Grundzügen schon mitgeteilt haben, wurde genehmigt, indem die Regierung ermächtigt wurde, Garantien zur Förderung des deutschen Außenhandels bis zum Betrage von 175 Millionen zu übernehmen und mit der Handelsvertretung der Sowjetregierung in abschließende Verhandlungen wegen einer etwaigen Verlängerung der Bestellfristen zu treten. Der Wunsch der Regierung hingegen, zur Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exportfirmen 150 000 Mark im Etat eingerechnet zu erhalten, wurde abgelehnt.

Im Nachtragsstat des Reichsarbeitsministeriums sind für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge 260 Mill. M., d. h. ein Mehr von 60 Millionen gegen den Hauptetat 1926 angefordert. Durch einen Antrag des Referenten Genossen Hoch wurden diese 60 Millionen auf 100 Millionen erhöht, so daß sogar 300 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Ein kommunistischer Antrag, diese 300 Millionen auf 500 Millionen heraufzusetzen, verfiel der Ablehnung.

Der Wunsch der Regierung, eine neue Vermittlungs- und Beratungsstelle für Umwarter auf das landwirtschaftliche Siedlungsbereich in den dünn besiedelten Gebieten und zur Förderung sonstiger für Durchführung dieser Siedlung erforderlichen Maßnahmen zu errichten und dafür 7000 Mark in den Etat einzusetzen, wurde nicht genehmigt.

Der Strafvollzug.

Zum Bericht des Untersuchungsausschusses des Landtages

Die Zeiten, da man glaubte, daß es den breiten Schichten der Bevölkerung gleich sein könne, was hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern vorgeht, sind längst vorüber. Hunderttausende von Volksgenossen haben durch die Tücke des Schicksals am eigenen Leibe die Härten der Freiheitsberaubung verspüren dürfen. Da mußte die weiteste Öffentlichkeit die Sache des Strafvollzugs als ureigenste Angelegenheit erkennen.

Das geheimnisvolle Dunkel, in das das Leben und Treiben der Gefängnisse und Zuchthäuser gehüllt war, beginnt sich allmählich zu lichten. Die Strafvollzugsbehörden selbst appellieren an die Öffentlichkeit in der Hoffnung, daß diese, durch die Mißstände des Strafvollzugs aufgepeitscht, ihnen zu den finanziellen Mitteln verhelfen werde, ohne die jede Reform von vornherein unmöglich erscheint. Eine Reform aber an Haupt und Gliedern tut bitter not. Mit der Deklaration neuer Grundzüge allein ist es nicht getan. Bleiben sie auf dem Papier, so bedeuten sie unter Umständen nur eine gefährliche Verdeckung der wahren Verhältnisse; sie täuschen Nichtvorhandenes vor. Wie aber wirklich Vorhandenes aussieht, davon legt der Bericht des Untersuchungsausschusses des Landtages über die Besichtigung ostpreussischer Strafanstalten bereites Zeugnis ab.

Diese Besichtigung der Gefängnisse für Strafgefangene in Stuhm, der Zuchthäuser in Wartenburg und Insterburg und des Untersuchungsgefängnisses in Königsberg hat Zustände offenbart, die mitunter direkt wie ein Schlag ins Gesicht unserer heutigen Zivilisation wirken. Sie stehen auch in tristem Gegensatz zu den neuen vom Juni 1923 datierten Leitfäden zum Vollzug von Freiheitsstrafen. Sie bedeuten einen Hohn auf den dort empfohlenen Strafvollzug in Stufen, auf das moderne Besserungssystem für Gefangene. Aus dieser Unmöglichkeit unter den obwaltenden Verhältnissen, den progressiven Strafvollzug durchzuführen, erklärt es sich vielleicht, daß in den genannten Strafanstalten sich so wenig Gefangene der obersten Stufe befanden.

Der Strafvollzug soll nach den neuen Grundzügen die Strafgefangenen zur Selbständigkeit und zur Verantwortung erziehen (§ 61), durch Arbeit in ihnen eine innere Festigung herbeiführen (§ 48). Die Anstalt soll ihren Einrichtungen gemäß einen wirksamen Strafweg und möglichst (§ 24), die regelmäßige Beschäftigung der Gefangenen die Grundlage eines geordneten Strafvollzugs bedeuten (§ 62). Zu Strafvollzugsbeamten im Hauptamt sollen nur Personen bestellt werden, die für die Strafanstaltstätigkeit theoretisch und praktisch vorgebildet sind. . . . Die theoretische Ausbildung soll sich insbesondere auf pädagogische und psychiatrische Fragen erstrecken (§ 9). Für jede größere Anstalt sind Lehrer und Arzt im Hauptamt anzustellen. Letzterer soll vorzugsweise ein psychiatrisch ausgebildeter Arzt sein (§ 11). Beim Zusammenlegen von Gefangenen sollen Persönlichkeit, Lebenslauf, Bildungsgrad, Tat und Vorleben berücksichtigt werden (§ 47); die Schlafräume sind bei kaltem Wetter genügend zu erwärmen (§ 88); die Bibliotheken sollen eine ausreichende Zahl belehrender und unterhaltender Bücher aufweisen. Durch ein System von Begünstigungen, die ein Ansporn zu besserer innerer Haltung bilden sollen, ist der progressive Strafvollzug zu ermöglichen und dergleichen mehr.

So sehen diese Grundzüge auf dem Papier aus. Wer wollte ihre Richtigkeit bezweifeln? Was zeigte aber die Besichtigung von Strafanstalten durch den Untersuchungsausschuss des Landtages? Sie erwies, daß fast kein einziger dieser Grundzüge hier Verwirklichung gefunden hat.

Daß die Grundzüge nicht befolgt werden und auch nicht befolgt werden können, liegt nicht so sehr an dem bösen Willen der Behörden, als an den objektiven Verhältnissen. Dieses gilt selbst für solche verhältnismäßig neue Strafanstalten wie Stuhm und Friedberg, deren moderner Bau einen reformierten Strafvollzug schon eher ermöglichen dürfte. Dieses gilt aber unter allen Umständen für so völlig veraltete Bauten, wie die Zuchthäuser von Insterburg und Dieß mit ihren unzähligen Korridoren, Winkeln und Treppen. Jede Reform muß an ungeeigneten Strafvollzugsbeamten und ungenügenden materiellen Mitteln scheitern. Genügende Mittel und die Heranbildung eines modern gerichteten Gefängnispersonals wären somit die Vorbedingungen für jede Strafvollzugsreform. Manchesmal fehlt aber auch an gutem Willen. Die Ergebnisse der Besichtigung durch den Untersuchungsausschuss des Landtages haben diese elementare Sätze in erschreckender Weise bestätigt.

Den grauenhaftesten Eindruck soll das Untersuchungsgefängnis in Königsberg gemacht haben, also das Gefängnis in der Hauptstadt Ostpreußens. Hier lagen in der Frauenabteilung die Frauen in der Gemeinschaftszelle bei doppelter Belegung, wahllos durcheinandergewürfelt. Diebinnen und Prostituierte zusammen mit unbestraften, kaum dem jugendlichen Alter entwachsenen Personen, ohne Aufsicht, in Unfähigkeit und in völlig ungenügend ventilierten Räumen. Und das waren nicht Strafgefangene, sondern Untersuchungsgefangene, deren Schuld noch nicht erwiesen war. In einer Zelle stieß man gar auf einen Säugling. Diese Zustände sprechen Bände!

Sowjet-Granaten für die Reichswehr.

Und was die kommunistische Presse dazu schreibt.

Auf das klägliche Gestammel der „Roten Fahne“ gegenüber den Enthüllungen des „Manchester Guardian“ haben wir bereits hingewiesen. Noch komischer ist es, wie die ausländische kommunistische Presse von Berlin aus über die Angelegenheit informiert wird. Die Pariser „Humanité“ unterhält in Berlin einen Korrespondenten. Oder vielmehr: die russische Sowjetregierung unterhält in Berlin für die „Humanité“ einen Korrespondenten. Dessen Auslassungen können daher in besonders hohem Maße als russisch-offiziös angesehen werden.

Schon die Überschrift zu seinem Bericht über die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ ist vielversprechend: „Um die internationale öffentliche Meinung aufzustacheln, begeben die Sozialdemokraten Fälschungen.“

Fälschungen? Was ist gefälscht worden? Die Tatsache der Junkers-Denkchrift gibt der Korrespondent zu und tut sie mit der Bemerkung ab, daß dieses Dokument entsprungen sei „aus der Enttäuschung der Firma Junkers über den geringen Umfang ihrer Geschäfte in Russland“. Diese Ausrede klingt geradezu gefühlermäßig. Ist das etwa das Stichwort, das das Reichswehrministerium der russischen Botschaft zugeflüstert hat?

„Alle anderen Dokumente sind Fälschungen.“ erklärt der Berichterstatter der „Humanité“. Mit Verlaub — welche Dokumente? Der „Manchester Guardian“ hat keine „Dokumente“ veröffentlicht, sondern nur spezifizierte Behauptungen! Die „Rote Fahne“ leugnet die Richtigkeit dieser Behauptungen. Sie leugnet, daß in Russland, namentlich in Krupp-Werken des Rubangebietes, Munition für Deutschland hergestellt wird. Sie leugnet, daß deutsche Offiziere mit russischen Pässen nach Russland geschickt wurden, um diese Fabrikation zu leiten. Sie leugnet, daß russische Munitionsschiffe, deren Ladungen für die Reichswehr bestimmt sind, in Stettin eingetroffen sind.

Das alles sind aber nachweisbare Tatsachen, ebenso nachweisbar wie die Fabrikation von Großkampflugschützen in Sowjetrußland durch Junkers mit Reichswehrgeldern und für die Reichswehr.

Die Kommunisten hoffen inbrünstig, daß das Reichswehrministerium die Wahrheit dieser Behauptungen weiter leugnen, also weiter lügen wird. Wie wäre es aber, wenn die Reichsregierung die Wahrheit bekennen und die Richtigkeit dieser Angaben zugeben würde? Dann wäre das für die Kommunisten eine Katastrophe. Deshalb setzen die Kommunisten ihre letzte Hoffnung auf Gehärs bewährte Verlogenheit. Aber diese Hoffnung wird trügen: die Regierung wird den Tatbestand zugeben müssen, denn sie weiß ebensogut wie die Kommunisten, daß Lügen in diesem Falle zwecklos sind.

Um den Vorwurf der Fälschung zu stützen, beruft sich der Berichterstatter der „Humanité“ auf die Leugnung Tschitscherins „Made in England“ und „Made in socialdemocracy“. Das ist ja äußerst komisch: Als der „Vorwärts“ diese Leugnungen aus dem Bericht der „Wostokischen Zeitung“ übernahm, teilte die „Rote Fahne“ uns an: „Lüge! Das hat Genosse Tschitscherin niemals gesagt! Das bezog sich nur auf den Tschermak.“ Jetzt bestätigt der sowjetrussische Korrespondent der „Humanité“ die Richtigkeit dieser dummdreisten Redensart Tschitscherins und beruft sich sogar darauf!

Gleich danach bemerkt er ganz nebenbei: der „Vorwärts“ hätte das Wesentliche der Erklärungen Tschitscherins verschwiegen. Wir haben umgekehrt nachgewiesen, daß die „Rote Fahne“ aus dem schriftlichen Epitaph Tschitscherins gerade die Stellen unterstrichen hat, die die vorzüglichen Beziehungen Sowjetrußlands mit Deutschland und mit Russolnien betonen.

Schließlich erklärt der Berliner Berichterstatter der „Humanité“ kategorisch: „Der Vertreter des „Manchester Guardian“ hat diese Dokumente aus den Händen der Sozialdemokraten erhalten und schließlich ist der Urheber dieses ganzen Standals kein anderer als Breitscheid, der der französischen und englischen Regierung Beweise seiner hündischen Ergebnisse liefern wollte.“

Das schreibt der Mann, nachdem er ein ungewöhnliches Dementi des Genossen Breitscheid auf die Verleumdungen der „Roten Fahne“ erschienen war. Wir erklären den Berliner Berichterstatter der „Humanité“, den Herrn Henri Guillebaud, für einen Lumpen. Seine einzige Entschuldigung ist, daß er, der hier als politischer Flüchtling lebt und früher als ein Idealist galt, das bittere Brot der Sowjetregierung essen muß. Und wer davon ist, der verkommt in moralisch daran.

Polnische Unfreundlichkeiten.

Paris, 11. Dezember. (U.) Der polnische Außenminister Jaleski machte in Genf dem Vertreter des wegen seiner Deutschfeindlichkeit bekannten „Journal des Debats“ Ausführungen über die deutsch-polnischen Beziehungen. Der polnische Außenminister soll erklärt haben, daß er nicht eine gewisse Unruhe über gewisse Reden verbergen könne, die kürzlich bedeutende deutsche Staatsmänner gehalten hätten. Besonders betonte Jaleski, daß Dr. Stresemann in seiner Reichstagsrede eine Unterscheidung zwischen der Garantierung der West- und Ostgrenzen Deutschlands gemacht habe. Er habe gehofft, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund solle bedeuten, daß das Reich den Völkerbundspakt mit allen seinen Verpflichtungen, besonders diejenige, die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten zu respektieren, übernommen habe. Er müsse aber gestehen, daß sich bis jetzt keine Hoffnung nicht verwirklicht habe. Der Versailles Vertrag habe Polen keinen einzigen Quadratkilometer Gebietes gegeben. (11) Zudem habe Polen nicht alles wieder erlangt, was ihm ehemals gehört habe.

Diese äußerst überflüssigen Bemerkungen des polnischen Außenministers dienen der antideutschen Kampagne, die seit einigen Tagen von neuem eingeleitet hat. Sie sind ein Beweis dafür, daß Polen keine Mitgliedschaft im Rate in einer Weise aufsucht, die schließlich sogar einmal bei seinen Bundesgenossen Mißstimmung erzeugen wird. Die Heftkampagne steigerte sich heute morgen in der Warschauer Presse zu Behauptungen über deutsche Kriegsvorbereitungen gegen Polen — so werden harmlose Nachrichten über die Übungen eines Regiments in Ostpreußen gewissenlos aufgebauscht!

Keine Mieterhöhung im Januar. Ein Nachrichtenbureau verbreitete die Meldung, der preußische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder habe auf dem Kreisparteitag der Zentrumspartei in Röss eine zehnprozentige Mieterhöhung zum 1. Januar 1927 angekündigt. Wie der Anusche Preussische Pressedienst feststellt, ist diese Nachricht falsch. Vor dem 1. April 1927 kann bekanntlich nach reichsgesetzlicher Bindung der Miets nicht erhöht werden. Der Minister hat bei seinen Ausführungen auf die erst am 1. Januar 1928 gesetzlich eintretende Zinsserhöhung der Hypotheken hingewiesen und die daraus sich ergebenden Folgen für die Erhöhung der Miets besprochen.

Die Betrügereien des Herrn v. Oppen.

Heiratschwindel und Wechselfälschungen.

Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Westertamp begann heute vor dem Potsdamer Schöffengericht der Prozeß gegen den Kaufmann Hermann v. Oppen aus Berlin. Die Anklage, die Prof. Südel vertritt, lautet auf Betrug, Urkundenfälschung und verführerische Nötigung. Wegen Peinliche bzw. Begünstigung zu diesem Verbrechen ist der Kaufmann Paul Riehe aus Halberstadt mitangeklagt. Riehe ist fünfmal vorbestraft. Die Verteidigung hat Rechtsanwält Dr. Nathan, Potsdam, übernommen. Als Sachverständige sind die Herze Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und der Direktor der Irrenanstalt Görden bei Brandenburg, Dr. Splith, geladen. Ferner sind 40 Zeugen geladen. Für die Verhandlung sind vorläufig drei Tage in Aussicht genommen.

v. Oppen, der bereits 13 Monate in Untersuchungshaft sitzt, ist im Jahre 1881 als Sohn eines höheren sehr begüterten Offiziers in Dresden geboren. Als ältestem der Brüder stand ihm das alleinige Erbrecht an einem der ältesten und wertvollsten Majorate der Provinz Sachsen, Osterleben-Nachterstedt, zu. Durch seinen grenzenlosen Reichtum und seine Verschwendungssucht ist er aber des Erbes beraubt geblieben. Nach siebenjähriger Dienstzeit hat v. Oppen freiwillig als Offizier seinen Abschied genommen. Den Festzug hat er nur kurze Zeit mitgemacht und ist eines Herzschlagers wegen Ende 1914 entlassen worden. 1919 heiratete der Angeklagte die Filmschauspielerin Sascha Gura in Berlin. In demselben Jahr wurde er von der Nachfolge im Majorat ausgeschlossen. Die Ehe wurde nach einigen Jahren geschieden und nun verlegte sich der Angeklagte auf Heiratschwindel. Um sich zu finanzieren, machte sich der Angeklagte an mehrere wohlhabende Damen heran, verlobte sich mit zwei Damen zu gleicher Zeit

und ließ sie wieder laufen, wenn er Braut und Schwiegereltern genügend geneigt hatte. Sein klangvoller Name und die Vorpiegelungen von Ansprüchen auf das Majorat öffneten ihm die Frauenherzen und die Kassen der Darlehensgeber. Ein besonders raffinierter Betrug wurde im Sommer 1925 in Potsdam bekannt, als v. Oppen dem Kaufmann v. Dettlingen in Berlin vorpiegelte, er brauche eine Leppiche für seinen Landsitz. Der Verkäufer wurde in die Wohnung der Mutter des Angeklagten nach Potsdam bestellt und der Angeklagte empfing ihn in den vornehm ausgestatteten Räumen in Abwesenheit seiner Mutter. Vertrauensvoll wurden die Leppiche abgelassen, die dann mit Wechselfälschungen besetzt wurden, die von ihm und dem Mitangeklagten Riehe gefälscht waren und zwar mit der Unterschrift seines Bruders Werner v. Oppen. Vier ehemalige Bräute, die von dem Angeklagten um größere Summen betrogen sind, treten nun als Zeugen auf, darunter eine Schauspielerin, der v. Oppen 2500 M. abgenommen hat. Schließlich wird v. Oppen zur Last gelegt, daß er den Kaufmann Gustav Oppenheimer mit vorgehaltener Pistole bedroht

habe, um ihn zu veranlassen, von einer Anzeige gegen ihn Abstand zu nehmen. Vor Eintritt in die Verhandlung verpflichtet der Vorsitzende die Presse, im Interesse der Verhandlung Einzelheiten über die

Aussagen des Angeklagten und der Zeugen vor Verkündung des Urteils erster Instanz nicht zu veröffentlichen. Die obige Verpflichtung ist zu verstehen, wenn man hört, daß einige Zeugen noch zu Schiff unterwegs sind, die nicht durch die veröffentlichten Aussagen in ihren zu machenden Angaben vor Gericht beeinflusst werden sollen.

Die Prophezeiung der Kartenlegerin.

Lezten Endes scheint es die Kartenlegerin gewesen zu sein, die den Anlaß zu der unseligen Bluttat des Murrers August B. gegeben hat, der sich unter der Anschuldigung, seine Ehefrau am 13. Januar vorläufig getötet zu haben, vor dem Schwurgericht I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Warchner zu verantworten hatte. Die Tat war in ungemein roher Weise ausgeführt worden. B. hatte durch einen wichtigen Diebstahl mit der Wärmelampe seiner Frau den Schädel eingeschlagen und sie dann noch erwürgt. Nach der Tat hatte er sich auf vierfache Weise selbst das Leben nehmen wollen. Er hatte die Anleihe aufgedreht, Salmiakgeist getrunken, sich eine Schnur um den Hals geknüpft und die Pulsadern angeschnitten. Es scheinen alles aber nur schwache Versuche gewesen zu sein, denn er wurde durch die Infolge seines Stöhnens herbeigekommen Hausbewohner rechtzeitig aufgefunden, wobei er halb bewusstlos auf dem Fußboden lag. B. ist ein geistig sehr beschränkter Mensch und hatte aus dem Felde ein Herzgeleiden und eine Herzentrantheit mitgebracht, weshalb er sich arbeitsunfähig fühlte. Auch die Ehefrau hatte ein Magenleiden und war bei schwereren Anfällen unvorzüglich und streifmüchtig. Eine Kartenlegerin hatte der Frau nun geweissagt, daß ihr Mann tödlich verunglücken würde. Da die Karten ihr untrüglich schienen, sprach sie im Hause fortgesetzt davon, daß sie nach dem Tode ihres Mannes durch die Abonnementverrechnung bei einem Familienblatt 9000 Mark ausgezahlt erhalten würde. Damit könne sie ein Geschäft anfangen und wieder heiraten. Diese Spekulation auf seinen Tod reizte den Angeklagten stark auf und ermedte in ihm eine gewisse Eifersucht auf seinen „Rachfolger“. An dem verhängnisvollen Tage hörten die Hausbewohner wieder Schreien und Lachen aus der Wohnung. Es muß die Kartenlegerin wohl wieder Anlaß zu einem Streit gegeben haben, und in einer jährrigen Aufwallung hat der Angeklagte dann seine Frau totgeschlagen. Er wollte nicht wissen, wie es gekommen sei und behauptete, daß die Eheleute die Absicht gehabt hätten, wegen ihres Elendes gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Bei der Tötung der Frau er schien das wenig glaubwürdig, umso weniger, als ein Abschiedsjetel an den 13jährigen Sohn nur von dem Angeklagten unterschrieben worden war. Nach dem Gutachten der Sachverständigen, namentlich von Medizinalrat Dr. Störmer, liegt eine zweifelsfreie Missethandlung vor. In einer schiefen Auffassung seiner eigenen Lage und Rot habe der Angeklagte die Tat verübt. Das Schwurgericht nahm mildernde Umstände an und kam daraufhin zu der sehr milden Strafe von zwei Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Mietwucher und Massenkündigungen.

In einer großen Protestversammlung der gewerblichen Verbände und der Mieterschaft in den Büchertälen sprach Genosse Landgerichtsrat Ernst Ruben über die durch die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 geschaffene Lage. Die von dem kommunalpolitischen Ausschuss der Mieterverbände geschaffene Schlichtungsstelle verfügt bereits in diesen wenigen Tagen über ein Material, welches von allgemeiner Bedeutung ist. Der Einzelhandel, die Kleinindustrie und das Handwerk stagniert in noch schlimmerem Maße als bisher. Die Auswirkungen auf den Großhandel und die Großindustrie sind bereits erschreckend bemerkbar. Die bisher schon festgestellten Mietsteigerungen belaufen sich für die Friedrichstraße und die Tauentzienstraße auf durchschnittlich 300 bis 400 Proz., in der Dorotheenstraße auf 200 Proz. In der Reuen Wilhelmstraße hat Hirsch-Kupfer vor 14 Tagen sein Haus verkauft. Der Erwerber hat sofort um 250 Proz. gesteigert. Die Kleinindustrie in der Ritterstraße ist schwer betroffen. In einem Falle acht die Mietsteigerung von 1700 M. auf 4000 M. Ein Kleinfabrikant in der Poststraße, der vor kurzem 2700 M. Reparaturkosten in den Boden gesteckt hat, ist gekündigt. Alle Geschäfte wie Kanow am Rollenmarkt, Spigenhuth in der Leipziger Straße sind ohne Aussicht auf Erlösraum gekündigt. Katastrophal wirkt sich die Verordnung auf bestimmte Handwerker aus, z. B. die Schmiede, die bei Umwandlung der Werkstätten in Garagen drohen zu werden. In der Bergstraße in Neudölln wird eine 60jährige Witwe, die seit 10 Jahren ein kleines Pflanzgeschäft betreibt, durch die Kündigung drohen. In der Dresdener Straße 8 ist Familienrat Lodeninhaber, die bis zu 20 Jahren dort wohnen, ohne Angabe von Gründen gekündigt worden. In der Köpenicker Straße 150 braucht der Wirt Falkenstein wegen Eigenbedarfs die Räume, legt aber gleich hinzu, daß er bei erheblicher Mietersteigerung auf die Geldentwertung des Eigenbedarfs verzichten will. Die Auswirkung ist um so größer, weil bei der Arbeitslosigkeit die Umsätze schon an sich sehr gering waren und bei der drohenden Mieterhöhung für die Wohnraummieter die Zurückhaltung gegenüber der drohenden Preissteigerung der Waren noch täglich sich steigert. Genosse Ruben wies die Vertreter des Handwerks und der Gewerbetreibenden darauf hin, daß sie selbst durch die verbreitete politische Einstellung Schuld an diesem Zustande hätten; sie müßten endlich beginnen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die stark besuchte Versammlung, der in den nächsten Wochen in den verschiedenen Teilen Berlins weitere Bezirksversammlungen folgen werden, ist der Auftakt zu großen Kundgebungen Anfang Januar 1927.

Eine kleine Gruppe von Kommunisten verfuhrte Stimmung für die Beschlüsse des Kongresses der Werttätigen zu machen, kam aber nicht auf. Sie suchten dann noch eine Sonderversammlung zu veranstalten, aber höchstens zwölf Versammlungsteilnehmer leisteten Gefolgschaft.

Ungehöriger Rohheitsakt.

Eine schwere Bluttat, die von ungeheurer Rohheit zeugt, wurde heute früh gegen 7 Uhr vor dem Hause Weiganduser 37 verübt. Der 46jährige Werkzeugmacher Stefan Gaal, der im Hause Weiganduser 37 wohnt, wollte wie gewöhnlich um 7 Uhr morgens das Haus verlassen, um sich nach seiner Arbeitsstelle, einer Klavierfabrik in der Eisenbahnstraße, zu begeben. Er wollte gerade das Haustor verlassen, als sich mehrere unbekannt Personen über ihn stürzten, ihn zu Boden schlugen und ihm einen mit großer Wucht geführten Messerstoß in den Leib versetzten. Während Gaal blutüberströmt zusammenbrach, flüchteten die Täter. Wenige

Minuten später wurde der Schwerverletzte von anderen Hausbewohnern bewußlos aufgefunden. Durch einen Wagen des städtischen Rettungsdienstes wurde Gaal in das Budower Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos danieder liegt. Die bisherigen kriminalpolizeilichen Ermittlungen haben noch keinen bestimmten Anhalt für den etwa in Frage kommenden Täter geben können.

Die tote Tänzerin.

Wysla nannte sie sich und war eine junge, schöne Pariser Tänzerin, trat mehrere Wochen in der Haller-Revue auf und war dort nicht nur der Liebling des Publikums, sondern auch die Freundin und gute Kameradin aller Kollegen und Kolleginnen. Am 1. Dezember ging sie zum Wintergarten, trat zwei Abende auf und mußte dann ins Krankenhaus. Es war nur eine kleine unschöne Infektion an der Lippe, und sie brachte dennoch dem jungen Menschen den Tod. Im Norden Berlins hat man sie gestern zur Ruhe gebettet. Kalte, unheimliche Fronten der Mietskasernen stehen um diesen Friedhof. Und wenn der Geistliche spricht, groß wie unterirdischer Donner das Rollen der Stadtbahnzüge hinein. Die Internationale Künstlerloge, die Künstler des Wintergartens und der Haller-Revue, die Direktion des Wintergartens, der Haller-Revue und des Continental-Hotels hatten Vertreter mit Kränzen gesandt. Was die Worte des Geistlichen nicht erreichen konnten, das bewirkten die schlichten, fast unbeholfenen Worte eines Kollegen, der von dem Los der Künstler sprach und von ihrem ruhelosen Wandern durch die Welt. „Wir, die Kollegen, liebten sie“, sagte er, „sie war ein so wahrhaft lieber und treuer Mensch; wir haben sie alle so sehr lieb gehabt.“ Da brach dem Sprecher die Stimme, und das erschlug ihn die Frage, die allen auf den Lippen schwebte und die auch der Geistliche nicht hatte lösen können: Warum mußte diese Jugend dahingehen?

Vom Auto zu Tode geschleift.

Ein folgenschwerer Unglücksfall, der noch durch die Rohheit eines Droschkenaufsetzers seine eigene Note erhält, trug sich gestern nacht gegen 1/2 Uhr an der Ecke Wrangel- und Stallierstraße zu. Der 46jährige Obegärtner Konstantin Koller aus der Gubener Straße 11 wollte den Fahrdamm überqueren und wurde von einer in sehr schneller Fahrt herankommenden Kraftdroschke, deren Chauffeur entgegen den Vorschriften an der Straßenecke die Geschwindigkeit nicht verminderte, erfasst und überfahren. Der Verunglückte wurde noch etwa 20 Meter mitgeschleift, bis er mit einem doppelten Schädelbruch, gebrochenen Beinen und schweren inneren Verletzungen liegen blieb und bald darauf verstarb. Der Chauffeur kümmerte sich nicht um den Verletzten, suchte sein Heil in schleunigster Flucht und entkam unerkannt.

Der Verein der Geflügel Freunde Karlshorst-Friedrichsfelde eröffnete gestern im großen Saal des Deutschen Hauses in Karlshorst im Beisein von Vertretern der Behörden seine 5. Geflügelwerkchau. Etwa 1000 Tiere, darunter solche seltener Rassen, sind zur Schau gestellt. Die Reisebräutchen-Vereinigung Berlin-Südost zeigt ihre weitgereisten Vögel. Der Zuchtverein der Landwirtschaftskammer, der der Ausstellung angegeschlossen ist, bietet eine günstige Gelegenheit zum Ankauf guten Zuchtmaterials. Die Schau ist bis Sonntag abend 8 Uhr geöffnet.

Großer Theaterbrand in Rom.

Vier Tänzerinnen erstickt!

Im Apollo-Varietétheater in Rom brach gestern ein Feuer aus, das erst nach dreistündiger Tätigkeit der Feuerwehr gelöscht werden konnte. Das Feuer, das in kurzer Zeit den Saal vollkommen zerstörte, hatte eine Panik unter den Zuschauern zur Folge. Bei dem durch die Flucht aus dem brennenden Varieté hervorgerufenen Gedränge, das noch durch die Unterbrechung der Vorstellung in dem anschließenden Elysée-Theater vermehrt wurde, wurden mehrere Personen leicht verletzt. Ob eine der vier in ihren Garderoben erstickten Tänzerinnen tatsächlich, wie es zuerst hieß, eine Deutsche ist, konnte noch nicht einwandfrei erwiesen werden; es handelt sich angeblich um ein Fräulein Lydia Marchini, die einige Morgenblätter als eine Ungarin bespeichern.

Freie Sozialistische Hochschule.

Heute, Sonnabend, 11. Dezember, 7 1/2 Uhr abds.,

im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 8,

Vortrag des Genossen Professor Hermsberg-Leipzig:

Wirtschaftsdemokratie u. Sozialismus

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind in der Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2, sowie an der Abendkasse zu haben.

Vabeho.

Unternehmerfreiheit in der Berliner Holzindustrie.

Im Lager der Berliner Unternehmer der Holzindustrie tobt schon seit Jahren ein Streit, der zwar äußerlich mehr ein Streit von Personen um die Führung der Organisation der Berliner Holzindustrie ist, nicht zuletzt aber auch um die Lohn- und Arbeitszeitpolitik, die gegen die Berliner Holzarbeiter und ihre Organisation angewandt werden soll. Soweit die persönlichen Streitigkeiten zwischen dem Obermeister Paeth von den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie und dem Syndikus Haertlein von der „Freien Vereinigung der Berliner Holzindustriellen“ in Frage kommen, interessieren sie uns nicht. Von Bedeutung für die Berliner Holzarbeiter ist jedoch, worum es in der Sache bei diesem Streit der Unternehmer untereinander geht. Es dreht sich darum, die Berliner Holzindustriellen unter das Regime des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes zu bringen, um in Berlin die gleiche Schlichtungsstelle zu betreiben wie im Reich. Es behagt dieser Unternehmerorganisation schon längst nicht, daß sie auf die Gestaltung der Berliner Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinen Einfluß hat. Diese wurden ausschließlich zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und den Vereinigten Verbänden unter Herrn Paeth, der mit dem Arbeitgeberverband nichts zu tun haben will, geregelt. Dem Arbeitgeberverband ist die Politik des Herrn Paeth gegen die Holzarbeiter und ihre Organisation nicht schärft genug — die Berliner Holzarbeiter sind darüber anderer Meinung —, weshalb er jetzt mit allen Mitteln in Berlin Boden zu gewinnen sucht. Zu diesem Zweck wurde in einer von der „Freien Vereinigung“ einberufenen Versammlung von einer Anzahl Berliner Holzindustriellen und Tischlermeister die „Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie“ (Vabeho) gegründet und als Ziel und Zweck der Gründung die Schaffung einer einheitlichen geschlossenen Kampforganisation der Berliner Holzindustrie angegeben. Dr. Erdmann von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie, Herr von Jastrow, waren mit bei der Gründung. Die Ausführungen einzelner Unternehmer in der Gründungsversammlung ließen erkennen, daß die Zerstückelung des am 24. März 1924 zwischen dem Holzarbeiterverband und den „Vereinigten Verbänden“ abgeschlossenen und später für allgemeinverbindlich erklärten Manteltarifs beabsichtigt ist. Herrn Paeth wurde zum Vorwurf gemacht, daß er den Vertrag am 15. November nicht zum 15. Februar 1927 gekündigt hat.

Das nächste Ziel der neuen Konkurrenzorganisation dürfte sein, in die zurzeit schwebenden Verhandlungen zur Ueberführung der Bezirksstarie in einen Reichstarif Berlin mit einzubeziehen, was bis jetzt nicht möglich war, weil die am Tarifvertrag beteiligten Berliner Unternehmer dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie nicht angeschlossen sind. Um dieses Ziel zu erreichen, möchten die Führer der neuen Organisation möglichst schnell eine stützende Anzahl von Berliner Holzindustriellen und Tischlermeistern in ihren Reihen vereinigen, um ins Gesicht zu kommen, d. h. um tariffähig zu werden. Sollte das gelingen — und es erscheint nicht ausgeschlossen —, dann dürfte es in nächster Zeit zu schweren Kämpfen in der Berliner Holzindustrie kommen. Denn die Berliner Holzarbeiter werden sich nicht kampfslos ihre Löhne und Arbeitsbedingungen verschlechtern lassen, sondern das Erreichte mit der denkbar größten Zähigkeit verteidigen. Es ist den Berliner Holzarbeitern an sich gleich, wer die Interessen der Unternehmer vertritt; ihre Gegner sind sowohl Herr Paeth von den „Vereinigten Verbänden“, wie Herr Haertlein von der neuen Fakultät. Sie werden jedoch die weitere Entwicklung der Dinge im Auge behalten und vor allem ihre Organisation durch rege Agitation noch schlagkräftiger machen, um jedem Angriff, von welcher Seite er auch kommen mag, wirksam zu begegnen.

Rationalisierung und Werkmeister.

Das Wort „Rationalisierung“ ist heute in aller Munde, die theoretischen Probleme einer rationalen Produktionsgestaltung werden allgemein erörtert. Weniger bekannt aber sind die praktischen Auswirkungen, welche die seit anderthalb Jahren vom Industriefaktorial betriebenen Rationalisierungsbestrebungen bisher auf den industriellen Produktionsorganismus gehabt haben. Daß schon starke Wandlungen eingetreten sind, kann jeder bezugnehmend, der in seinem Berufsleben mit ihnen in Berührung kommt. Vor allem jedoch wissen die Werkmeister davon zu berichten, deren persönliche Stellung in der Betriebsorganisation und deren Aufgaben durch den Rationalisierungsprozeß weitgehenden Verschiebungen unterliegen. Die Befragung der Werkmeister über die Folgen der Rationalisierung, die der Deutsche Werkmeisterverband auf Veranlassung des Leiters seiner wirtschaftspolitischen Abteilung, Kurt Heinig, begonnen hat, darf daher auch in weiteren Kreisen auf Anteilnahme rechnen. Die Ergebnisse der Untersuchungen bei den Werften, der Berliner Elektro- und Maschinen- und Holzindustrie (die Enquete wird fortgesetzt) sind in der Hauptsache folgende: Die Arbeits- und Materialausgabe ist den Werkmeistern fast völlig entzogen und anderen Stellen, spezialisierten Bureaus, übertragen worden; die Kalkulation erfolgt heute größtenteils durch besondere Rechenbureaus, wenn auch die praktischen Erfahrungen des Werkmeisters nicht zu entbehren sind; der Weg zum höchsten Vorgesetzten ist bedeutend länger geworden, die Zahl der Vorgesetzten hat sich verdrei- bis vierfach; das Schriftwerk beansprucht

heute bis zu 75 Prozent der Arbeitszeit der Werkmeister und überschreitet oft das Notwendige ganz beträchtlich. Zusammenfassend läßt sich schon nach dem ersten Bericht von der Stellung des Werkmeisters im modernen Industriebetrieb sagen:

daß in Großbetrieben und bei Mengenfabrikation die ehemalige Arbeitsdisposition des Werkmeisters in eine technische Disposition von Spezialabteilungen verwandelt worden ist und sich immer weiter in dieser Richtung entwickelt; daß der Werkmeister auch dort, wo er im wesentlichen in seiner Funktion auf Betriebsaufsicht beschränkt ist, in der Betriebsorganisation nicht entbehrt werden kann;

daß der Vereinfachung der Werkmeisterfunktionen und der Einsparung des Werkmeisters an einzelnen Stellen der industriellen Produktion auf der anderen Seite gesteigerte qualifizierte Arbeit und neue Tätigkeitsgebiete des Werkmeisters gegenüberstehen.

Die Brauereiarbeiter kündigen das Lohnabkommen.

Die Funktionäre der Brauereiarbeiter nahmen am Freitag in einer überfüllten Versammlung in Büttners Festsaal zur Kündigung des Lohn- und Manteltarifs Stellung. Genosse Hodapp vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter begründete eingehend die Stellungnahme der Lohnkommission, die nach reiflichen Erwägungen gegen nur zwei Stimmen den Beschluß gefaßt hat, den Funktionären die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. Dezember zu empfehlen, von einer Kündigung des Manteltarifs jedoch abzusehen. Die Lohnkommission ist der Auffassung, daß es auch ohne die Kündigung des Manteltarifs gelingen wird, einige Positionen desselben, die sich im Laufe der Zeit als untragbar erwiesen haben, zu verbessern. Als Forderung hatte die Lohnkommission eine Erhöhung der Löhne um 4 Mark pro Woche aufgestellt.

Nach längerer Diskussion wurde die Kündigung des Lohnabkommens einstimmig beschlossen, die von einigen Diskussionsrednern verlangte Kündigung des Manteltarifs jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Beschluß der Lohnkommission, eine Erhöhung der Löhne um 4 Mark zu fordern und nach einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen den Schlichtungsausschuß anzurufen, wurde gegen fünf Stimmen (die eine höhere Zulage forderten) angenommen. Ein Antrag, der für Vizearbeiter einen um 5 Proz. höheren Lohn fordert als für ständige Arbeiter, wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Für Achtstundentag und Besoldungsreform.

Bei der Reichsbahn.

Die Funktionärskonferenz des Bezirks Magdeburg des Einheitsverbandes der Eisenbahner nahm am Mittwoch eine Entschließung an, in der es heißt:

Die Besoldungsordnung muß unverzüglich revidiert und auf eine andere Grundlage gestellt werden. Die laufenden Bezüge der unteren und mittleren Beamten müssen in kürzester Frist eine merkliche Steigerung erfahren. Die Lohnbezüge der Arbeiter sind den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen unverzüglich anzupassen.

Die Eisenbahner verlangen, daß bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit für sie keine Ausnahmestimmungen vorgegeben werden. Unter voller Berücksichtigung der Eigenart des Eisenbahnbetriebes muß es möglich sein, den Achtstundentag bei der Reichsbahn durchzuführen. Die in den Dienstvorschriften vorgesehenen dehnbaren und willkürlichen Vorschriften müssen einer menschenwürdigen Arbeitszeitregelung weichen.

Keine Aussperrung in München-Glabbech.

München-Glabbech, 11. Dezember. (M.B.) Um die drohende Aussperrung der fast 40 000 Köpfe zählenden Textilarbeiterschaft im Bezirk M.-Glabbech-Rheint zu vermeiden, veranlaßte der Schlichtungsausschuß gestern eine Aussprache zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und den Gewerkschaften, die nach mehrstündiger Dauer das Ergebnis hatte, daß die Kündigung der Passierer aufgehoben und die Tariflöhne um 10 Proz. und die Afford-Stücklöhne um 4 Proz. erhöht werden.

Aus der oberschlesischen Montanindustrie.

Auch die Angestellten sollen nichts haben.

Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Angestelltenorganisationen und des oberschlesischen Arbeitgeberverbandes der Montanindustrie über eine zehnprozentige Gehaltserhöhung, Gewährung einer Weihnachtshilfe und Angleichung der oberen kaufmännischen Gehaltsgruppen an die technischen Gruppen, sind gescheitert. Die Arbeitgeber haben jede Gehaltserhöhung abgelehnt. Die Angestelltenorganisationen haben den Reichsarbeitsminister um Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts erjudt.

Streik in mexikanischen Eisenbahnwerkstätten.

Mexiko, 11. Dezember. (M.B.) Die Maschinisten der Eisenbahnen sind wegen der Entlassung von etwa 20 Arbeitern in den Streik getreten. In den Werkstätten einiger Eisenbahnen ruht infolgedessen die Arbeit. Der Kriegsminister hat die Regierungstruppen angewiesen, die Arbeitswilligen zu schützen.

Gesperrte Gastwirtsbetriebe. Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtsbetriebe für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Max u. Moritz, Oranienstr. 162; Gustav Rappeler, Rüdernstr. 155; Gastwirt Lauritz Barth, Baumhulenberg, Baumhulenbergstr. 10; Café Komet (Hd. Hartmann), Barfhauser Straße 33; Restaurant „Groß-Berlin“ (Hd. Karl Keller), Am Alexanderplatz.

Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands wird auch in diesem Jahre seinen erwerbslosen Mitgliedern zu Weihnachten eine Ertraunterstützung zahlen.

Unterstützung erhält, wer in der Zeit vom 1. November bis 24. Dezember 1926 arbeitslos ist oder war; länger als vier Wochen ohne Arbeit ist oder in den letzten fünf Monaten länger als acht Wochen ohne Arbeit war; bereits vor dem 1. Oktober 1926 Mitglied wurde; nicht länger als sechs Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, und sich in der Zeit vom 15. bis 20. Dezember im Bureau anmeldet.

Bei der Anmeldung ist Stempelkarte und Mitgliedsbuch vorzulegen. Die Ausstellung erfolgt am Donnerstag, den 23. Dezember, zwischen 9 und 7 Uhr im Bureau, Jorndorfer Straße 32.

Bei verheirateten Kollegen wird die Unterstützung nur an die Frauen gezahlt.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N.-O., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Jugendgruppe des J. d. W. Morgen, Sonntag vormittag, Befähigung des Buchdrucker-Verbandsausf. Treffpunkt 9.45 Uhr vor dem Gebäude, Treibhausstraße 3. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen.

Theater der Woche.

Vom 12. Dezember bis 20. Dezember 1926.

Vollstüber: 12., 13., 14. Ruchstiel, 15., 16., 17. Entführung, 18., 19., 20. Bolzano (Der Tanz ums Gold). — **Oper am Platz der Republik:** 12. Mefistopheles, 13. Erde zu den drei Dingen, 14. Wästenbol, 15. Verkauft, Braut, 16. Cletro, 17. Riba, 18. Orpheus, 19. Tristan und Isolde, 20. Schöngedert, 21. Zulu, 22. Dancet, 23. Jugend, 24. Hamlet, 25. Der Gant, 26. Zulu, 27. 18., 19., 20. Hamlet. — **Schiller-Theater:** 12. Der Gant, 13. Soldaten, 14. Der zerbrochene Krug, Der Bar, 15. Die drei Schwestern, 16. Wallensteins Lager, Piccolomini, 17., 18., 19., 20. Die drei Schwestern. — **Deutsches Theater:** Heibardt von Gneisenau, — **Kammeroper:** Bis 13. Ruchstiel, ab 14. Mefistopheles. — **Die Komödie:** Die Schenken, — **Versing-Theater:** Reich und Lebermenschen, — **Theater in der Köpenicker Straße:** 12. Mrs. Chermos Erde, ab 13. Franziska, — **Stadt, Oper, Charlottenburg:** 12., 19. Juwend im Wal, 13. Riba, 14. Don Pasquale, 15. Riba, 16. Die lustigen Weiber von Windsor, 17. Turandot, 18. Die Weiberhänger von Nürnberg, 19. Das Rheingold, — **Großes Schauspielhaus:** Von Mund zu Mund, — **Theater des Westens (Kampana-Gesellschaft):** 14. Puppenfee, Choptiniana, Diercksement, 15. Ruffische Volksmärchen, Schnerfäden, Diercksement, 16. Puppenfee, Choptiniana, Diercksement, 17. Ruffische Volksmärchen, Schnerfäden, Diercksement, 18. Aufforderung zum Tanz von G. R. u. Weber, Puppenfee, Diercksement, — **Die Tribüne:** Der Gedanke, — **Deutsches Künstler-Theater:** Die Königin, — **Romdiercksement:** Frühling, — **Westliche Theater:** Frühling, — **Neues Theater am Zoo:** Rinnen am Scheitelpunkt, — **Reichens-Theater:** Das Ahleinsquartier, — **Theater in der Romanbantenstraße:** Familie Bonnemant, — **Theater am Schiffbauerdamm:** Das Grubmal des unbekanntes Soldaten, 12. Oper, 11. Uhr: Die Krönung Richard III., — **Romische Oper:** Die Richterinnen, — **Kammerspieltheater:** Die Herzogin von Elbo, — **Reichens-Theater:** Rieder, Metropol, — **Thalia-Theater:** Der große und der kleine Hans, — **Theater am Rosenbuschplatz:** Das Gefel, — **Theater am Karlsruherdamm:** Die Frau an der Kette, — **Kleines Theater:** Dürrenmatt, — **Waller-Theater:** Das Stilleben, — **Reit-Theater:** Von Stufe zu Stufe, — **Koloss-Theater:** Mitternachtsbesuch, — **Theater in der Elgumstraße:** Die Hühner-Gurken, — **Theater in der Köpenicker Straße:** 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. Weisheit, — **Theater im Admiralspalast:** Geller-Renne „An und aus“, — **Wintergarten und Odeon:** Internationale Varieté, — **Theater am Kolonnen Tor:** Elie-Sänger, — **Reichens-Theater:** Gattiner Säger.

Nachmittagsvorstellungen: Vollstüber: 12. Ruchstiel, — **Oper am Platz der Republik:** 12. Mefistopheles und Gretel, — **Schauspielhaus:** 12., 19. Dancet, — **Schiller-Theater:** 15. Rinnona von Bernheim, 16. Hoffmanns Erzählungen, — **Deutsches Theater:** 12., 19. Minna von Barnheim, 18., 19. Der Weihnachtsstern, — **Theater in der Köpenicker Straße:** 12., 19. Was ihr wollt, — **Städtische Oper Charlottenburg:** 12., 19. Rigoletto (geschlossene Vorstellung), — **Großes Schauspielhaus:** 12., 19. Von Mund zu Mund, 13. Familie Gneisenau, — **Theater des Westens:** 12. Puppenfee, Verlorenes Diercksement, Abends: Ruffische Volksmärchen, Schnerfäden, Diercksement, — **Deutsches Künstler-Theater:** 18. Ruffische, der Puppenfee, 19. Der frühe Heiberg, — **Romdiercksement:** 12., 19. Der Garten Eden, — **Berliner Theater:** 12. Die Chre, — **Theater in der Romanbantenstraße:** 12., 19. Familie Bonnemant, — **Theater am Schiffbauerdamm:** 12., 19. Der Geizige, 13. Dumki-Bumki, — **Romische Oper:** 12., 19. Adolene, — **Kammerspieltheater:** 12., 19. Die drei Schwestern, 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. Die drei Schwestern, — **Thalia-Theater:** 12., 19. In und aus, 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. Die drei Schwestern, — **Scala:** 12., 19. Internationale Varieté, — **Reichens-Theater:** 12., 19. Gattiner Säger.

Verantwortlich für Vollst: Dr. Curt Geort; Wirtschaft: Heinz Göttrich; Gemeinlichkeitsbewegung: J. Oelner; Frühling: R. S. Biedert; Volkes und Soldaten: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Gies; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornstr.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf Fernsprecher Norden 6525 u. 6526 Landhausstraße 4, Tel.: Platzburg 9621

Ausstellungsräume und Lager

Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Hönigsstadt 540.

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulantem Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

JOSEF RODENSTOCK
NACHF. OPTIKER WOLFF GMBH

WEIHNACHTS GESCHENKE

OPTIK
Augenläser
Lorgnetten
Theatergläser
Feldstecher

FOTO
Kameras
Fotobedarf
Arbeiten

KINO
Aufnahme-
Vorführ-
Apparate
Entwicklung

RADIO
Ortsempfang
Fernempfang
Montage

Leipziger Str. 101-102
Friedrichstr. 59-60
Joachimthaler Str. 44
Rosenthaler Str. 45

Grünwaldstr. 56
Neanderstr. 23

Auf Wunsch erleichterte Zahlungsweise

„Citag“-Schecks werden in Zahlung genommen.

Beleuchtungskörper

für Wohnungen in allen Stilarten

Spezialbeleuchtungen

für Verkaufsräume, Schaufenster, Werkstätten

Teilzahlungen können auf Wunsch vereinbart werden

Beleuchtungskörper

G. m. b. H. Berlin NW 6

Besichtigen Sie unsere Ausstellungsräume Luisenstr. 35

Ihr Baby Berliner Ulk-Trio

Neukölln, Lahnstr. 74/75 L.

Weihnachtsgeschenke
in
Photo-Apparaten + Bedarfsartikeln
gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
Kosbuser Damm 99

Kinderland 1927

Preis 1,25 Reichsmark

Zu haben
in allen Vorwärts-
abgabestellen, in der Buch-
handlung J. S. W. Diez
und in der

Vorwärts-Buchdruckerei, G.W.
Lindenstraße 3

Für die Redaktion des Offenbacher
Abendblattes wird ein mit der Par-
teibewegung vertrauter

Journalist

gesucht. Rednerische Befähigung
erforderlich. Bewerbungen mit Le-
benslauf sowie Angabe über die
selbstige Tätigkeit sind bis spä-
testens 31. Dezember 1926 an den
Vorsitzenden der Prüfungskommission
Val. Schmetzer, Offenbach a. M.,
Lessingstraße 25, zu richten.

Krause-Pianos
zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1